

Bebauungsplan Harburg 38/Neuland 8

Festsetzungen

- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
- MK Kerngebiet
- GR Grundfläche der baulichen Anlagen
- GRZ Grundflächenzahl
- GF Geschossfläche
- GFZ Geschossflächenzahl
- BMZ Baumassenzahl
- Zahl der Vollgeschosse,
- z.B. IV als Höchstgrenze
- z.B. IV-VIII als Mindest- und Höchstgrenze
- g Geschlossene Bauweise
- Baugrenze
- Brücke, Tunnel
- Traufhöhe
- TH als Höchstgrenze in m über einem Bezugspunkt
- TH min als Mindestgrenze in m über einem Bezugspunkt
- St Flächen für Stellplätze
- Fläche für den Gemeinbedarf
- Straßenverkehrsfläche und solche besonderer Zweckbestimmung
- Straßenbegrenzungslinie
- Straßenhöhe bezogen auf NN

- Oberirdisches Parkbauwerk
- Grünfläche
- Mit Leitungsrechten zu belastende Flächen
- Sonstige Abgrenzung

Nachrichtliche Übernahmen

- Festgestellte Bundesfernstraße
- Unterirdische Bahnanlage
- Wasserfläche

Kennzeichnungen

- Begrenzung der unverbindlichen Vormerkung
- Vorhandene Gebäude

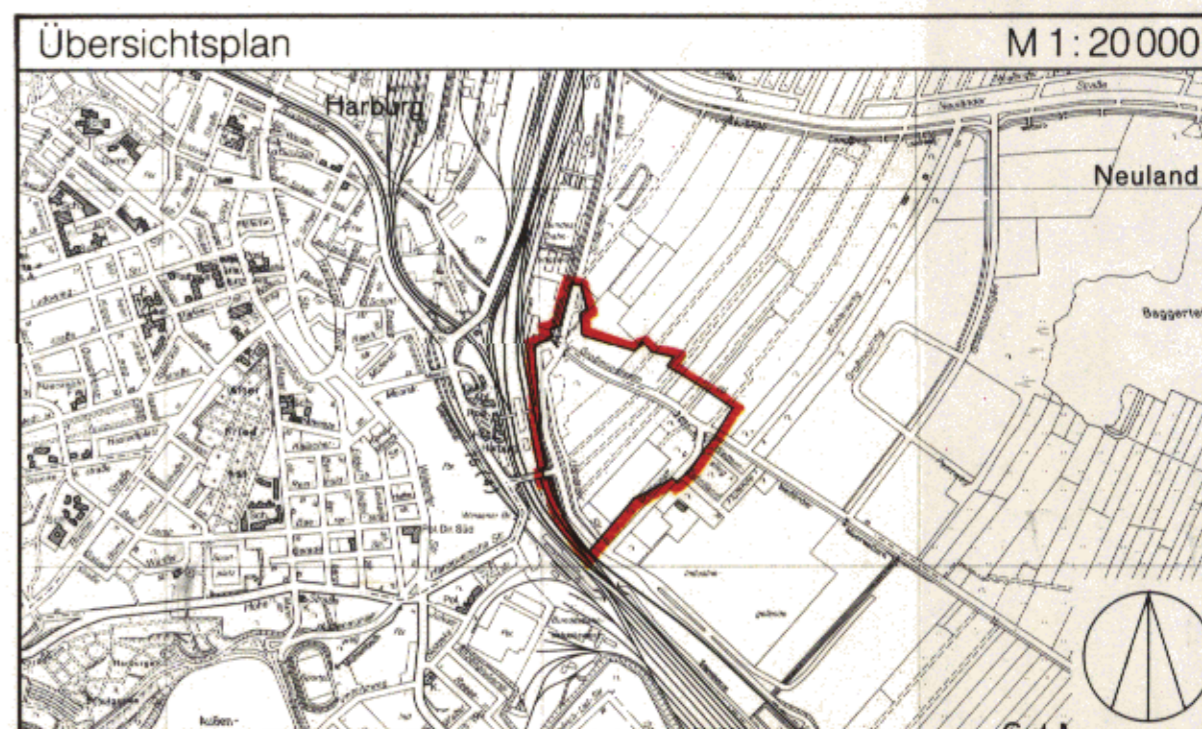
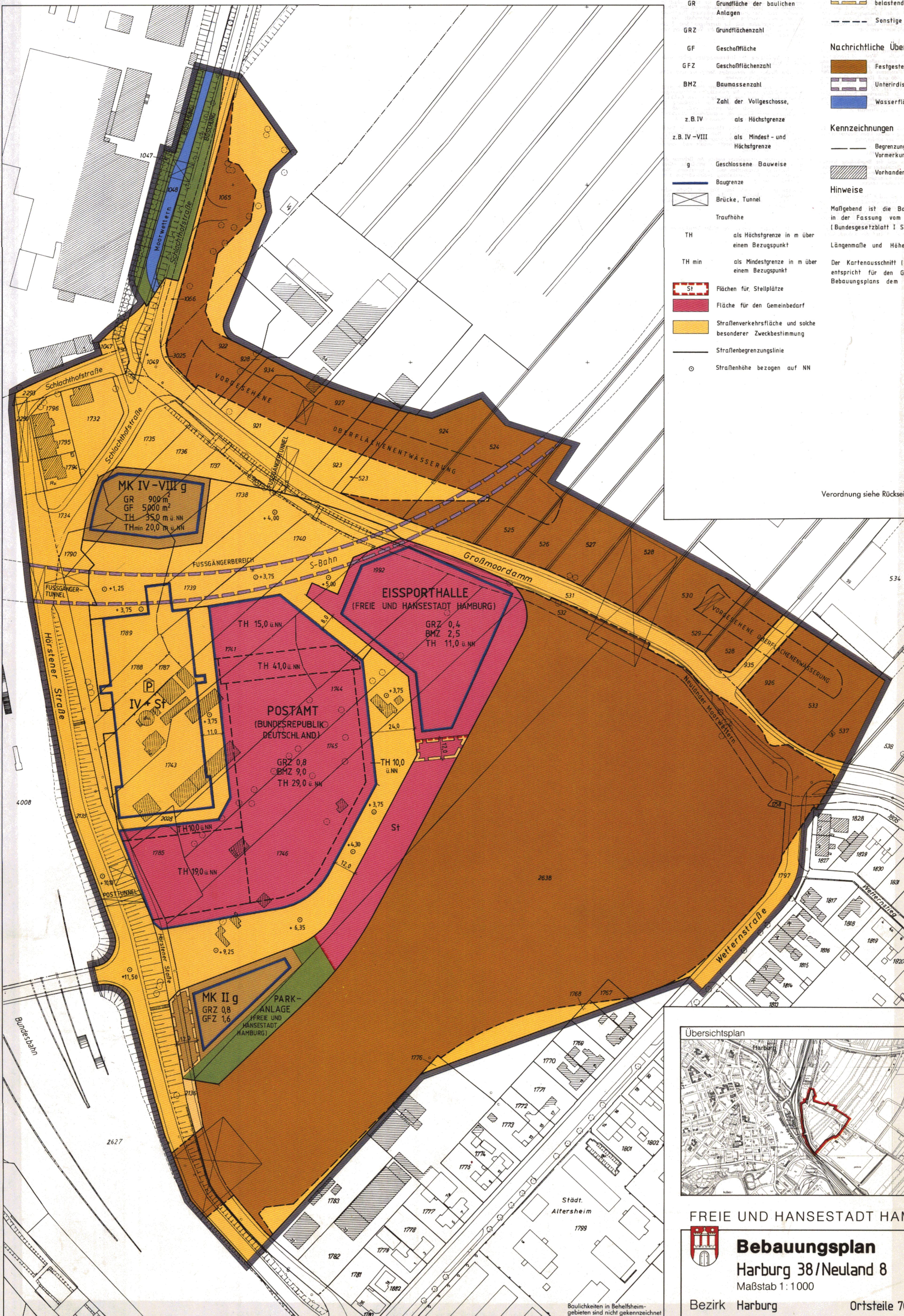
Hinweise

Maßgebend ist die Baunutzungsverordnung in der Fassung vom 15. September 1977 (Bundesgesetzblatt I Seite 1764)

Längenmaße und Höhenangaben in Metern

Der Kartenausschnitt (Katasterkarte) entspricht für den Geltungsbereich des Bebauungsplans dem Stand vom Febr. 1981

Verordnung siehe Rückseite



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG



Bebauungsplan

Harburg 38/Neuland 8

Maßstab 1:1000

Bezirk Harburg

Ortsteile 702 und 703

Reproduktion und Offsetdruck: Vermessungsamt Hamburg 1982

Freie und Hansestadt Hamburg
Baubehörde
Landesplanungsamt
2 Hamburg 36, Stadthausbrücke 8
Ruf

Archiv № 24007

HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

Nr. 31

MONTAG, DEN 12. JULI

1982

Tag	Inhalt	Seite
1. 7. 1982	Verordnung über die Erhebung einer Umlage von den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft für das Jahr 1982	223
1. 7. 1982	Verordnung über den Bebauungsplan Harburg 38/Neuland 8	223
—	Druckfehlerberichtigung	224

Verordnung

über die Erhebung einer Umlage von den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft für das Jahr 1982

Vom 1. Juli 1982

Auf Grund von § 6 Absatz 2 des Gesetzes über die Erhebung einer Umlage von den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft vom 25. Juni 1975 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 125) wird verordnet:

Einziger Paragraph

Die Höhe der von den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft zu erhebenden Umlage wird für das Jahr 1982 auf 4,50 Deutsche Mark je 1000 Deutsche Mark des Einheitswertes festgesetzt.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 1. Juli 1982.

Verordnung

über den Bebauungsplan Harburg 38/Neuland 8

Vom 1. Juli 1982

Auf Grund des § 10 des Bundesbaugesetzes in der Fassung vom 18. August 1976 mit den Änderungen vom 3. Dezember 1976 und 6. Juli 1979 (Bundesgesetzblatt I 1976 Seiten 2257, 3281 und 3617, 1979 Seite 949) in Verbindung mit § 3 Absatz 1 des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung in der Fassung vom 4. April 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89) sowie der §§ 8 Absatz 3 und 114 Absatz 1 Nummern 1 und 6 der Hamburgischen Bauordnung vom 10. Dezember 1969 mit der Änderung vom

2. Juli 1981 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1969 Seite 249, 1981 Seite 165) wird verordnet:

§ 1

(1) Der Bebauungsplan Harburg 38/Neuland 8 für den Geltungsbereich Hörstener Straße — West- und Nordgrenze des Flurstücks 2293 (Schlachthofstraße) der Gemarkung Wilstorf, über die Flurstücke 1047 und 1048 (Moorwettern), über das Flurstück 1047, Westgrenze des Flurstücks 1048,

über die Flurstücke 1048, 1066 und 1065 der Gemarkung Harburg, über die Flurstücke 928, 922, 928, 934, 927, 923, 523, 924, 524 bis 528, 530 bis 528, 935, 926, 533, 537, 531 (Großmoordamm) und 532 der Gemarkung Neuland, über die Flurstücke 1835, 1797 (Wetternstraße), 2638, 1767, 1768, 2638 und 1776, Südostgrenze des Flurstücks 2638 der Gemarkung Wilstorf (Bezirk Harburg, Ortsteile 702 und 703) wird festgestellt.

(2) Das maßgebliche Stück des Bebauungsplans und die ihm beigegebene Begründung werden beim Staatsarchiv zu kostenfreier Einsicht für jedermann niedergelegt.

(3) Es wird auf folgendes hingewiesen:

1. Ein Abdruck des Plans und die Begründung können beim örtlich zuständigen Bezirksamt während der Dienststunden kostenfrei eingesehen werden. Soweit zusätzliche Abdrucke beim Bezirksamt vorhanden sind, können sie gegen Kostenerstattung erworben werden.
2. Wenn die in den §§ 39 j, 40 und 42 bis 44 des Bundesbaugesetzes bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, kann ein Entschädigungsberechtigter Entschädigung verlangen. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, daß er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in Satz 1 bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.
3. Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes bei der Aufstellung des Bebauungsplans ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit dem Inkrafttreten des Bebauungsplans gegenüber dem örtlich zuständigen Bezirksamt geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die

Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Satz 1 gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Verkündung verletzt worden sind.

§ 2

Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende Vorschriften:

1. Von den Flächen für ebenerdige Stellplätze sind 10 % mit Anpflanzungen zu versehen.
2. Für das Postamt und die Kerngebiete sind durch geeignete Grundrißgestaltung die Aufenthalts- und sonstigen schutzwürdigen Räume den lärmabgewandten Gebäudeseiten zuzuordnen. Soweit durch die Zuordnung der erforderliche Lärmschutz nicht erreicht wird, muß für die schutzwürdigen Räume ein ausreichender Lärmschutz durch bauliche Maßnahmen vorgesehen werden.
3. Im Kerngebiet an der Ecke Hörstener Straße / Großmoordamm sind nur Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude, Betriebe des Beherbergungsgewerbes sowie Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke zulässig.
4. Das festgesetzte Leitungsrecht umfaßt die Befugnis der Freien und Hansestadt Hamburg, unterirdische öffentliche Sielanlagen herzustellen und zu unterhalten. Nutzungen, welche die Unterhaltung beeinträchtigen können, sind unzulässig.
5. Werbeanlagen, die nach ihrer Richtung, Größe oder Höhenlage vornehmlich auf die Benutzer der Ortsumgebung Harburg. (Bundesstraße B 4/75) einwirken, sind unzulässig.

§ 3

Für das Plangebiet werden die bisher bestehenden Bebauungspläne aufgehoben.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 1. Juli 1982.

Druckfehlerberichtigung

In der Verordnung zur Änderung der Ordnung der staatlichen Vor- und Abschlußprüfung in der Fachrichtung Ernährung und Hauswirtschaft an der Fachhochschule Hamburg vom 8. Juni 1982 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 221) muß es in § 2 richtig heißen:

- a) „(2) ... und § 21 Absatz 1 Satz 2 in der Fassung nach § 1 Nummern 2 und 3 dieser Verordnung; die ...“
- b) „(3) § 21 Absatz 1 Sätze 1 und 3, Absatz 2 und Absatz 3 in der Fassung nach § 1 Nummer 3 dieser Verordnung ...“

Herausgegeben vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg.

Druck, Verlag und Ausgabestelle: Lütcke & Wulff, Heidenkampsweg 76 B, 2000 Hamburg 1 - Telefon: 24 69 49. Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen halbjährlich 30,- DM. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,40 DM (Preise einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer). — Beim Postbezug wird der Teil I des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes im Bedarfsfall dem Amtlichen Anzeiger als Nebenblatt im Sinne von § 8 der Postzeitungsordnung beigelegt.